BLEIBERECHT STATT INHAFTIERUNG

STELLUNGNAHME VOM KRITNET ZUM "GESETZ ZUR NEUBESTIMMUNG

DES BLEIBERECHTS UND DER AUFENTHALTSBEENDIGUNG"

Die Neuregelung ist ein groß angelegtes Inhaftierungsund Abschreckungsprogramm", erklärt Nelli Foumba Soumaro von "Jugendliche ohne Grenzen" (JoG): "Dieses Gesetz darf nicht verabschiedet werden. Wir brauchen keine Bleiberechtsregelung für ein Teil von uns, Während der Rest mit Inhaftierung, Arbeitsverboten und Einreisesperren

Die drastische Kritik von JoG und vielen anderen riuciumysiechisimuauven nichet sich gegen das "Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung", an dem die Bundesregierung seit Autenmanspeeringung, an dem die bundesregierung seit einem Jahr bastelt und das bis Juni dieses Jahres verabschiedet werden soll. Nachdem die Abschiebehaft vor allem durch Werden son. Nachuein die Auschlebenat, von anem darch Urteile des EuGH und des BGH 2014 in die Krise geraten war, onelle des Eddri did durch die Hinzunahme neuer soll sie nun restauriert und durch die Hinzunahme neuer Inhaftierungsgründe massiv ausgeweitet werden. Daran hat innartierungsgrunde massiv ausgeweitet weiden. Darah nach sich auch nach der Überarbeitung des Gesetzentwurfes Anfang Dezember nichts geändert. Die herangezogenen Indizien zur Dezember nichts geandert. Die nerangezogenen indizien zur Konstruktion einer angenommenen "Fluchtgefahr", die als KONSTUKTION einer angenommenen Fluchtgefallt, ule als Legitimation der Inhaftierung gelten, umfassen unter anderem Legitimation der Inhaftierung gelten, umfassen unter anderem Legitimation der Inhaftierung gelten, umfassen unter anderem Legitimation der Inhaftierung gelten, umfassen unter angenomienen der die Option der Inhaftierung gelten, umfassen unter angenomienen der Inhaftierung gelten der Inhaftierung gelt Legiumation der innatuerung geiten, umrassen unter anderem die Verletzung von Mitwirkungspflichten oder die entgeltliche Inanspruchnahme von Fluchthilfedienstleistungen.

Flankiert wird das Inhaftierungsprogramm von der Ausweitung der riankiert wird das innartierungsprogramin von der Ausweitung der "Einreise- und Aufenthaltsverbote": Ungenügende Mitwirkung an der eigenen Abschiebung, Zahlung von 3000 Euro oder mehr für der eigenen Auschiebung, Zamung von Sudd Euro duer mein für Fluchthilfe, Nichtnachkommen einer gesetzten Ausreisefrist oder Ablehnung des Asylantrags als "offensichtlich unbegründet" - fast Abiennung des Asylandags als onensichtlich unbegrundet - last alles, was unter den Bedingungen restriktiver deutsch-europäischer anes, was unter den bedingungen restriktivet deutschlereuropaischer Flüchtlingspolitik die aktuelle Asylsuche in Deutschland ausmacht, riuciumysponiuk die aktuelle Asylsuche in Deutschland ausmache kann die Ausländerbehörde mit einem Einrelse- und Aufenthaltsverbot Sanktionieren. Und ist ein soiches verbut einmal erteilt, ist die Austellung einer Aufenthaltserlaubnis, auch bei gesetzlichem Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis, "schutzbedürftige Belange" schutzbedürftige Belange" Anspruch, ausgeschlossen. Es sei denn, "schutzbedürftige Belange" Anspruch, ausgeschlossen. Es sei denn, "schutzbedürftige Belange" schutzben dem entgegen Kurzum. Das neue Gesetz wimmelt nur so von stehen dem entgegen Kurzum. Anspruch, ausgeschiossen. Es sei denn, schutzbedurfuge Beiange stehen dem entgegen. Kurzum: Das neue Gesetz wimmelt nur so von sterien dem entgegen. Aufzum: Das neue desetz winnnen nur so von die der "Ermessensspielräumen" und "unbestimmten Rechtsbegriffen", die der Aufgestelle Aufgestell Ausländerbehörde erlauben, willkürlich folgenreiche Aufenthaltsverbote zu verhängen. Die gleichzeitig enthaltene Bleiberechtsregelung für langiährig Geduldete wird durch die Verschrädigen. zu vernangen. Die gielcnzeitig entnaltene Bielberechtsregelung für langjährig Geduldete wird durch die Verschränkungen mit den geplanten Verschärfungen der Aufonthalten von der Aufonthalten verschärfungen der Aufonthalten verschäftigen verschäftigen der Aufonthalten verschaftigen der Aufonthalten verschäftigen verschäftigen der Aufonthalten verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschäftigen verschaftigen verschäftigen versch den General Aufgette Branch augen der Verschärfungen des Aufenthaltsgesetzes - insbesondere mit geplanten Verschärfungen des Aufenthaltsgesetzes - insbesondere mit den General Aufgette Branch auf der General Aufgette Branch auch der General geplanien verschaftungen des Aufenmansgesetzes - inspesondere mit den Einreise- und Aufenthaltsverboten - völlig ausgehöhlt. Angesichts den Einreise- und Aufenthaltsverboten - völlig ausgehöhlt. den Einreise- und Aufenthaltsverboten - vollig ausgenonit. Angesichts der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst überfällige der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst der repressiven Veränderungen im Gesetz lässt sich die längst der repressiven veränderungen ve der repressiven veranderungen im Gesetz lasst sicht die langst überlanige stichtagsunabhängige Beiberechtsregelung nur als Feigenblatt für ein härteres Vorgehen gegen Asylsuchende verstehen.

Das Gesetz steht im Zusammenhang mit dem Beschluss, Serbien, wazeuonien unu positien-nerzegowina als sichere nerkumissiaalen zu definieren. Hierdurch wird Staatsangehörigen dieser Länder praktisch jede Chance auf Elüchtlingsschutz in Doutschland genommen. Der Gesetz ist in Chance auf Elüchtlingsschutz in Doutschland genommen. dennieren. merauren wira staatsangenorigen dieser Lanuer praktisch jede Chance auf Flüchtlingsschutz in Deutschland genommen. Das Gesetz ist in Chance auf Flüchtlingsschutz in Deutschland die Unterstellung der einen antizigenistischen Dieburg eingehettet und die Rt die Unterstellung der einen antizigenistischen Dieburg eingehettet und die Rt die Unterstellung der einen antiziganistischen Diskurs eingebettet und gießt die Unterstellung des emen antiziganisuschen Diskurs eingebeuet und gleist die Unterstellung des "Asylmissbrauchs" gegen Roma aus den Westbalkanstaaten in Gesetzesform.

sollen Durch Zusammenwirken der Durchsetzung der Ausreisepflicht
"Vollzugsdefizite" bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht Gesetze vonzugsuenzhe per den Durchsetzung den Ausreisephienten von Roma aus dem Westbalkan und anderen abgelehnten Asylsuchenden abgebaut werden, mit anderen Worten: mehr Abschiebungen ermöglicht werden.

Die aktuellen Gesetzesverschärfungen können als ein Versuch der Bundesregierung gelesen werden, die Kräfteverhältnisse zu der bundesregierung gelesen werden, die Natevernatunsse zu eine hartere Gangart ihren Gunsten zu verschieben und durch eine härtere Gangart inren dunsten zu verschieben und aurch eine nartere dangart der Beseitigung von "Vollzugsdefiziten" näher zu kommen. Denn das deutsche und europäische Migrationsregime ist in der Krise, wie die aktuellen Auseinandersetzungen um die Dublin-Regulierung zeigen: Nur ein kleiner Teil der Menschen, die einen Dublin-Bescheid erhalten, werden tatsächlich aus Deutschland in einen anderen Vertragsstaat abgeschoben. Deutschland in ellien anderen vertragsstaat abgeschoben.
Zuletzt haben diverse Gerichtsentscheidungen dazu geführt, dass die Kriterien für Dublin-Überstellungen in bestimmte Länder angehoben wurden. Hinzu kommen erfolgreiche Widerstandsaktionen, z.B. auf lokaler Ebene in Osnabrück viverstanusakrionen, z.b. aur iokaier Luene in Osnabiluck oder der erneute Bedeutungsgewinn des Kirchenasyls in den letzten Jahren. Selbst Regierungsvertreter innen räumen mitunter ein, dass Dublin mit seinem minen raumen mitunter ein, dass Dublin mit seinem gescheitert ist. Die Primat des "Verursacherprinzips" gescheitert ist. Die Gesetzesverschärfungen lesen sich in diesem Kontext Gesetzesverschärfungen durch Inhaftioringen als ein Verzuch durch Inhaftioringen als ein verzweifelter Versuch, durch Inhaftierungen Abschiebungen wieder praktikabel zu machen. Doch auch diese neuesten Versuche der Migrationskontrolle werden scheitern. Menschen werden aus verschiedensten Gründen auch werden aus verschiedensten kommen, auch weiterhin nach Europa kommen, und sie werden Strategien finden, mit der Situation umzugehen. Sie werden Strategien finden, um zu vermeiden, dass sie etwa in Ungarn im Gefängnis oder vermeinen, dass sie enwam ongammin derangmis oder dass in Italien in der Obdachlosigkeit landen oder dass in manen in der Obdachhosigken janden dass ihre Familien auseinandergerissen werden. Eine Migrationspolitik, die diese Realität verkennt, wird Menschen nicht aufhalten, aber sie wird ihre Lebensund Reisebedingungen massiv verschlechtern und Leid, Angst und Belastungen erzeugen.

Deshalb sprechen wir uns entschieden gegen die geplanten Gesetzesverschärfungen aus und solidarisieren uns mit den aktuellen bundesweiten Protesten. Für die freie Mobilität aller und das Recht auf politische und soziale Teilhabe – unabhängig von Papieren und Status!

April 2015